



Die AfD vor den Landtagswahlen

Vom Euroskeptizismus zur völkischen Bewegungspartei

Der programmatische Wandel der AfD

Volk – Nation – Identität

Das Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt

Auf dem Weg zum Sammelbecken der extremen Rechten

Die AfD im Thüringer Landtag

Eine ernüchternde Bilanz

Die AfD im Sächsischen Landtag

Die AfD und die extreme Rechte

Eine Chronik der Skandale

Vom Euroskeptizismus zur völkischen Bewegungspartei

Der programmatische Wandel der AfD

David Begrich, Michael Barthel

Editorial

Zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 13. März 2016 treten mit der Alternative für Deutschland (AfD), der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und der RECHTEN drei rechte Parteien an, die sich die sich in ideologiegeschichtlicher Herkunft und politischer Praxis unterscheiden. Die NPD, die bei den Landtagswahlen 2011 mit 4,6 Prozent der Stimmen denkbar knapp am Einzug in den Landtag scheiterte, ist mittlerweile personell und strukturell so stark geschwächt, dass sich ihr Wahlkampf vermutlich auf exemplarische Kampagnenformate und regionale Plakataktionen beschränkt. Die Partei DIE RECHTE rekrutiert sich aus der jugendkulturell ausgerichteten militanten Neonaziszene. Ihre auf die Kreisstädte konzentrierten Demonstrationenkampagnen bieten lokalen Neonazis eine Plattform für die Ausübung von Gewalt und sozialräumlicher Propaganda. Erfahrungen der letzten Wahlkämpfe lassen auch für den Landtagswahlkampf 2016 auf mögliche neonazistische Angriffe auf Kandidat_innen und Wahlhelfer_innen anderer Parteien schließen. Während diese beiden offen neonazistisch ausgerichteten Parteien bei der Landtagswahl chancenlos bleiben werden, ist ein Einzug der AfD sehr wahrscheinlich. Aktuelle Wahlumfragen sehen die Partei bei mindestens 15 Prozent der Wählerstimmen.

Die AfD profitiert derzeit von der gesellschaftlichen Polarisierung in der Debatte um Flüchtlinge und Asylbewerber_innen. Ihre außerparlamentarischen Kampagnen in Form von Demonstrationen und Kundgebungen sind auf dieses Thema zugeschnitten, wenn die Partei fordert: „Asylchaos stoppen!“ Ziel ist es, sowohl jene Wähler_innen zu erreichen, die explizit rassistische Positionen teilen, als auch jene, die – motiviert durch Repräsentationsdefizite – bereit sind, der AfD ihre Stimme zu geben, um die „Altparteien“ abzustrafen.

Hinter der AfD liegt ein Prozess mehrfacher politischer Metamorphosen, in deren Verlauf sich die Partei von einer nationalliberalen eurokritischen Partei zu einer national-konservativen und schließlich zu einer völkisch-nationalistischen Partei entwickelte. Der Landesverband Sachsen-Anhalt positionierte sich in der innerparteilichen Auseinandersetzung um die Ausrichtung der AfD frühzeitig auf dem rechten Flügel. Das von der AfD vorgelegte Programm zur Landtagswahl trägt eine deutlich rechte Handschrift. Es ankert in einem Politikansatz, der Staat und Gesellschaft von den Begriffen Volk, Nation und Identität her denkt und Mechanismen gesellschaftlicher Exklusion befördert. Wie eine entsprechende politische Praxis aussieht, wird anhand der Äußerungen von Parteimitgliedern deutlich – etwa wenn André Poggenburg an die Werte der „Volksgemeinschaft“ appelliert oder Frauke Petry sich den Schusswaffeneinsatz gegen Geflüchtete an der Grenze vorstellen kann.

Vor diesem Hintergrund widmet sich das vorliegende Themenheft der AfD und ihrem Politikangebot. Neben einer kritischen Aufarbeitung des Wahlprogramms finden sich Reflektionen zur politischen Arbeit der AfD aus jenen Bundesländern, in denen die Partei bereits im Landtag vertreten ist. Das Themenheft soll dazu beitragen, Programmatik und politische Praxis der AfD in Sachsen-Anhalt kritisch zu hinterfragen und die dahinterliegende Ideologie der Ungleichwertigkeit zu entschlüsseln. Zudem will das Heft auf die argumentative Auseinandersetzung mit den rechten Positionen der Partei vorbereiten. Damit möchten wir zur Verteidigung einer offenen Gesellschaft in einer Zeit beitragen, in der jene, die diese in Frage stellen, sich lautstark und rabiat Gehör verschaffen.

Eine anregende Lektüre wünschen
Pascal Begrich und das Miteinander-Team.

Die als eurokritische Neugründung gestartete Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) vollzog in den letzten Monaten eine umfassende programmatische Kursänderung. Seit dem Austritt des Parteigründers Bernd Lucke und seiner Anhänger_innen nach dem Bundesparteitag im Sommer 2015 ist die AfD auf einem strammen Rechtskurs.

Mit einem Verweis auf zwei konkurrierende Flügel wurde die Partei in den Jahren zuvor gern als rechtskonservativ bzw. national- oder wirtschaftsliberal beschrieben. Mittlerweile jedoch ist eine dritte Strömung, die als völkisch-nationalistisch einzuordnen ist, tonangebend und hat die Partei in Inhalt und Auftreten in das Spektrum der extremen Rechten verschoben. Deren Vertreter_innen gruppieren sich um die parteiinterne Plattform „Der Flügel“, der maßgeblich von den Landesverbänden in Thüringen und Sachsen-Anhalt gesteuert wird.

Mit der vom „Flügel“ initiierten „Erfurter Resolution“ liegt ein Grundsatzpapier vor, das die programmatische Stoßrichtung der „neuen“ AfD widerspiegelt. Der interne Aufruf, welcher sich gegen die liberaleren Kräfte in der Partei wendet, markiert einen Wendepunkt in der Entwicklung der Partei. Hiernach sei die Partei zu verstehen „als Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit usw.)“ sowie „als Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands“. Die Forderungen greifen zentrale Punkte und rhetorische Stil-

mittel der extremen Rechten auf, dienen jedoch nicht nur der Selbstvergewisserung, sondern haben darüber hinaus eine strategische Stoßrichtung. Die „Souveränität Deutschlands“ und der Widerstand gegen den „Multikulturalismus“ sind Themen, die eine Scharnierfunktion zwischen neonazistischem Milieu, neurechter Publizistik und völkischen Protestbewegungen aus dem *Gida-Spektrum einnehmen können.

Bernd Lucke, der ehemalige Vorsitzende und Mitbegründer der AfD – der sich gerne als Vermittler zwischen liberalen und konservativen Positionen gab – wurde spätestens auf dem Bundesparteitag Opfer einer Öffnung nach rechts, die er selbst mit zu verantworten hatte. Nutznießer dieser Öffnung waren Personen wie der Thüringer Landesvorsitzende Björn Höcke und der Sachsen-Anhaltische Landesvorsitzende André Poggenburg, die mit dem „Flügel“ der Lucke-Strömung den Kampf ansagten. Das Duo Höcke/Poggenburg pflegt gute Kontakte in die Netzwerke der Neuen Rechten und prägt die AfD mittlerweile entscheidend. Bereits nach den vergangenen Bundestags- und Europawahlen entwickelte sich die Partei nach rechts und konnte überraschend im Jahr 2014 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg in die Landtage einziehen. Von diesen Erfolgen sahen sich die rechten Akteure der Partei – neben Höcke und Poggenburg auch der Rechtspopulist Alexander Gauland in Brandenburg sowie die evangelikale Nationalkonservative Frauke Petry in Sachsen – gestärkt, während eher liberal gesinnte Personen die Partei verließen. Seitdem hat die AfD in Ostdeutschland ihren politischen Schwerpunkt.



Die „neue AfD“: Mobilisierung gegen Flüchtlinge...

Von Beobachter_innen wurde die AfD bis zum Zeitpunkt der Spaltung vor allem als eurokritische, rechts-populistische Partei im Anschluss an Projekte wie die UK Independence Party (UKIP) wahrgenommen. So lautete der damalige Befund, die Partei habe nur ein Thema und sei auf den Euro bzw. die Kritik an der Eurorettungspolitik ausgerichtet. Mithin fehle es ihr an programmatischen Ankern, die sie auch in anderen Politikfeldern sichtbar mache. Doch bereits das Programm der Partei zur Europawahl 2014 enthielt in Bezug auf gesellschaftspolitische Themen wie Gleichstellungspolitik, Nation und Einwanderung Positionen, die auch ohne Bezug zur EU insbesondere in Ostdeutschland Wähler_innen mobilisieren konnten. Betrachtet man die politische Praxis der AfD der letzten Monate näher, so wird klar, dass an die Stelle einer Kritik des Euro und der EU das Thema Flüchtlinge getreten ist.

Zum einen ist dies dem medial aufgeregt geführten Diskurs zum Thema „Flucht und Asyl“ geschuldet, der zunächst als „Summer of Welcome“ von der Hilfsbereitschaft der Deutschen erzählt und dabei auch seine patriarchalen und patriotischen Momente hatte. Jedoch wandelte sich die Rezeption der Flüchtlingsbewegungen im Herbst 2015 recht schnell zu einem Diskurs der Überlastung und wird seit der Jahreswende und den in Köln begangenen Straftaten hauptsächlich als eine Frage der inneren Sicherheit verhandelt. Dies spielt der AfD in die Hände, doch schon vorher erkannte die Partei die Gunst der Stunde und die Mobilisierungsfähigkeit des Themas. So versuchte sie mit ihrer Kampagne „Herbstoffensive“ einen Anschluss an die Pegida-Proteste in Dresden - zwar nicht organisatorisch, wohl aber in der Propaganda und im Protestformat. Mit Großdemonstrationen - u. a. in Magdeburg mit über 2.000 Teilnehmer_innen - versuchte die Partei sich einen dynamischen Bewegungs-

charakter zuzulegen. Bei diesen Demonstrationen sind - entgegen des immer noch weit verbreiteten Images einer „sehr konservativen“ Partei - alle Spektren der extremen Rechten bis hin zu neonazistischen Hooligans anzutreffen. Keinesfalls steht dies im Widerspruch zur Selbstinszenierung der AfD als bürgerliche Partei. So findet bei solchen Veranstaltungen ein geschickt inszeniertes Wechselspiel zwischen Masse und Redner_innen statt. Das Publikum erhält nach bestimmten Redepassagen Raum für Rufe wie „Widerstand!“, „Merkel muss weg!“ oder „Höcke! Höcke!“. Dies bedeutet zwar nicht unbedingt eine Abkehr von der Mittelstandsrhetorik, ist jedoch sprichwörtlich eine Hinwendung zum sogenannten kleinen Mann auf der Straße.

...und Systemfrage von rechts

Zum anderen jedoch handelt es sich beim politischen Wandel der AfD tatsächlich um eine inhaltliche Neuaufbau ihrer Programmatik. Das thematische Dreieck Eurokritik, Islamkritik, Einwanderungskritik ist in dieser Entwicklung lediglich die Spielwiese des völkisch-nationalistischen Gesellschaftsbildes der extremen Rechten. Attestiert wird, dass sich die Kernelemente dieses Gesellschaftsbildes - Identität, Volk, Nation, Kultur und Familie - aufgrund einer links-liberalen Dominanz in Politik und Medien seit Ende der 1960er Jahre in Auflösung befänden. Höcke, Poggenburg und Co. träumen von einer - im völkisch-nationalistischen Sinne - idealen, in der Vergangenheit liegenden Gesellschaft, die es zu restaurieren gilt. So seien die aufwendige Rettung des Euro und die Abgabe nationalstaatlicher Kompetenzen an die EU nur Symptome für eine als „tiefergehende Krise der Werte des Vaterlandes“ beschriebene gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Anhand der Flüchtlingsdebatte stellen Höcke und Poggenburg nun - zumindest rhetorisch - die Systemfrage von rechts, indem sie von „versagender Staatssouveränität“ sprechen.



Fundamentaloppositionelle Bewegungspartei

Die AfD und ihr Verhältnis zur Parlamentsarbeit

Pascal Begrich

Um Strategien im Umgang mit der AfD im Falle ihres Einzugs in den Landtag von Sachsen-Anhalt entwickeln zu können, ist es hilfreich sich das Verhältnis der AfD zum parlamentarischen System und zur Arbeit im Landtag genauer anzusehen. Zwar finden sich hierzu im Wahlprogramm keine Aussagen, doch lassen sich aus der Arbeit in den Landtagen von Brandenburg, Sachsen und Thüringen sowie aus programmatischen Reden Rückschlüsse auf die mögliche Ausrichtung einer parlamentarischen Arbeit in Sachsen-Anhalt ziehen. Vor dem Hintergrund der besonders engen Verzahnung der AfD in Sachsen-Anhalt mit dem Landesverband und der -fraktion in Thüringen sind hierbei die Positionierungen des Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke von besonderem Interesse. Höcke hielt am 21.11.2015 auf einer Tagung des neurechten „Instituts für Staatspolitik“ im sachsen-anhaltischen Schnellroda eine Grundsatzrede, die wegen ihrer rassistischen Äußerungen öffentlich vielfach kritisiert wurde. Weit weniger Beachtung erhielten Höckes Ausführungen zu seinem Verständnis von parlamentarischer Arbeit:

Ja, die Pfründejäger und Spießbürger, die wollen die AfD natürlich so schnell wie möglich zu einer Parlamentspartei machen, [...] um dann entsprechend ein ruhiges Auskommen zu genießen. Aber ich kann Ihnen garantieren, liebe Freunde, solange ich etwas in der AfD zu sagen habe, [...] und solange die Lage so ist, [...] dass dieses Land sich in einer existenziellen Notlage befindet, solange kann es nur eine Charakterisierung für die AfD geben: Die AfD ist und muss in dieser Lage eine fundamentaloppositionelle Bewegungspartei sein.¹

Eine Partei aber, die sich als „fundamentaloppositionelle Bewegungspartei“ versteht, hat ihrem Selbstverständnis nach eine tendenziell antiparlamentarische Ausrichtung. Dementsprechend ordnet Höcke in besagter Rede den Stellenwert von Parlamentsarbeit für die AfD ein:

Wir können uns in Anbetracht der Staatskrise, [...] in Anbetracht des einsetzenden Staatszerfalls nicht mit Landtagsarbeit überbeschäftigen. [...] Wir müssen, und da kann es nur eine deutliche und ganz klare Ansage geben, das gilt für jeden Abgeordneten, [...] wir müssen raus auf die Straßen und aufklären, aufklären, aufklären.“²

Höcke skizziert hier ein Verständnis von Parlamentarismus, wie es in der extremen Rechten gängig ist. Demnach wird das Parlament nicht primär als Ort eines Aushandlungsprozesses um politische Entwürfe und Lösungen angesehen, sondern erfüllt eine Reihe rein instrumenteller Funktionen. So werden Kommunalvertretungen und Landtage vor allem als BÜHNE gesehen, um für die Menschen als Partei sichtbar zu sein und für die eigene Ideologie zu werben. Das Parlament wird als KAMPFORT verstanden, um die politischen Gegner und das „System der Altparteien“ bloßzustellen. Zudem eröffnen Landtage den Zugang zu vielfältigen Ressourcen, wie etwa öffentlichen Geldern, einer funktionierenden Infrastruktur oder - über das Instrument der Anfragen - Fakten und Daten zur Unterfütterung ihrer aggressiven Propaganda.

Angesichts der Erfahrungen mit der Parlamentsarbeit in Sachsen, Thüringen und Brandenburg ist von einer AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt ein ähnliches Verständnis zu erwarten.

¹ Björn Höcke am 21.11.2015 in Schnellroda, Typoskript der Videoabschrift.
² Ebd.

Volk – Nation – Identität

Das Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt

David Begrich, Pascal Begrich

Mit Unterstützung von Christoph Beyer und Torsten Hahnel

Anfang November 2015 veröffentlichte die AfD Sachsen-Anhalt ihr Programm zur Landtagswahl im März 2016.¹ Auf achtundsechzig Seiten werden in fünf Kapiteln politische Ziele formuliert und programmatische Selbstverortungen vorgenommen. Mit dem vorliegenden Text soll keine Analyse des AfD-Wahlprogrammes in seiner Gänze vorgenommen werden. Vielmehr konzentriert er sich auf programmatische Schlüsselbegriffe, die die politische Kernidentität der AfD als völkisch-nationalistische Partei widerspiegeln. Damit will dieser Text einen Beitrag leisten, der AfD im Wahlkampf argumentativ zu begegnen sowie eine Auseinandersetzung mit der Partei im Falle ihres Einzugs in den Landtag anzuregen.

Die AfD – Eine Partei im Wandel

Die als eurokritische Neugründung gestartete Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) vollzog 2015 eine umfassende programmatische Kursänderung. Seit dem Austritt des Parteigründers Bernd Lucke und seiner Anhänger_innen hat sich die Partei sukzessiv von einer national- bzw. ordoliberalen zu einer völkisch-nationalistischen Partei entwickelt.² Im Zentrum des politischen Angebots der AfD stehen inzwischen nicht mehr EU-kritische Themen, sondern völkisch-nationalistische Konzepte von Mensch und Gesellschaft.

Der Landesverband Sachsen-Anhalt gehörte unter der Führung André Poggenburgs früh zum rechten Flügel der Partei. Durch die Landtagsfraktionen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen hat die AfD ihren politischen Schwerpunkt in Ostdeutschland. Eng sind die Verbindungen zwischen Poggenburg und dem Thüringer AfD-Vorsitzenden Björn Höcke. Beide sind Protagonisten der rechten parteiinternen Sammlungsbewegung „Der Flügel“ und initiierten deren „Erfurter Resolution“.³ Sie pflegen Kontakte in die Netzwerke der „Neuen Rechten“. Nicht organisatorisch, wohl aber in der Propaganda und im Protestformat suchte die AfD im Herbst 2015 zudem Anschluss an die „PEGIDA“-Proteste in Dresden.

Erfolgsaussichten

Der Aufstieg der AfD in der Gunst der Wähler_innen wird durch die Debatte um Flüchtlinge und Integration geradezu beschleunigt, spiegelt der Debattenverlauf doch in wesentlichen Teilen eines DER Identitätsthemen der Partei wider. Die Fraktionen aus Thüringen, Sachsen und Brandenburg werden die AfD Sachsen-Anhalt im Wahlkampf umfangreich unterstützen. Bereits in der sogenannten Herbstoffensive traten deren Fraktionsvorsitzenden Höcke (Thüringen), Petry (Sachsen) und Gauland (Brandenburg) bei Demonstrationen in Sachsen-Anhalt auf. Damit tritt die Partei zu den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 2016 unter günstigen Bedingungen an. Umfragen sehen die AfD mit hoher Wahrscheinlichkeit im kommenden Landtag vertreten. Im Hinblick auf eine eher geringe Wahlbeteiligung ist ein solcher Erfolg jedoch vor allem von der Fähigkeit der AfD abhängig, jene Nicht-Wähler_innen zu mobilisieren, die eine Affinität zu rechtsextremen Politikkonzepten aufweisen oder bereit sind, rechten Ressentiment-Strukturen zuzustimmen.

Stolz auf die Geschichte

Bereits in der Präambel ihres Wahlprogramms befasst sich die AfD mit den Schlüsselthemen des rechtsintellektuellen Milieus – dem Verhältnis zur deutschen Geschichte: „Eine einseitige Konzentration auf zwölf Unglücksjahre unserer Geschichte verstellt den Blick auf Jahrhunderte, in denen eine einzigartige Substanz an Kultur und staatlicher Ordnung aufgebaut wurde.“ Exemplarisch kommt hier der Diskurs der Neuen Rechten zum Tragen. Während der Nationalsozialismus als „Unglücksjahre“ verharmlost wird, beklagt man zugleich dessen vermeintliche Überbetonung im öffentlichen Raum sowie die Vernachlässigung der übrigen „stolzen Zeiten“. Dem setzt die AfD „unseren gesunden Menschenverstand und unsere Heimatliebe entgegen.“⁴ Der damit proklamierte „ideologiefreie“ Pragmatismus soll die differenzierte Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte als ideologisch und „fremdbestimmt“ denunzieren, ohne dies näher auszuführen.

Diktatur der „politischen Korrektheit“

Mit der Präambel stellt sich die AfD in die Tradition der „Friedlichen Revolution“ in der DDR und klagt: „Ebenso haben wir uns 1989 das Recht auf Meinungsfreiheit nicht erkämpft, um es anschließend auf dem Altar einer abstrusen ‚politischen Korrektheit‘ zu opfern.“⁵ Hier kommt ein weiteres Motiv der Neuen Rechten zum Tragen, das zu Beginn der 1990er Jahre von der Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT propagiert wurde. Vorgeblich existierende politisch motivierte diskursive Tabus seien eine Bedrohung für die Meinungsfreiheit. Es komme darauf an, mit eigenen Wortmeldungen die engen Grenzen einer linksliberalen Hegemonie zu durchbrechen. Dass dieser Befund im Gegensatz zur breiten medialen Repräsentanz rechtspopulistischer Diskurse zu den Themen Flüchtlinge und Einwanderung steht, bleibt dabei unerwähnt.

Die Präambel

Die Präambel des AfD-Wahlprogramms formuliert grundlegende Positionen der Partei für die Gesellschaftspolitik und gibt zentrale Argumente der Neuen Rechten bzw. des völkischen Nationalismus wieder. Zentrale Begriffe ihrer Selbstverortung sind „Volk“ und „Nation“. Verweise auf demokratische und liberale Traditionen des Landes fehlen hingegen. Nur die „Wende“ in der DDR wird für die eigene Politik in Dienst genommen.

Die Familien als natürliche Keimzelle

Dass die AfD das erste Kapitel ihres Wahlprogramms der Familienpolitik widmet, ist kein Zufall. Die Themenfelder Demographie und Einwanderung werden in der extremen Rechten seit langem als prioritär betrachtet und in einem Zusammenhang gesehen. Die demographische Situation wird als Bestandskrise des deutschen Volkes interpretiert, der Zuzug von Ausländer_innen als Beschleuniger dieser Krise. Dementsprechend setzt die AfD ihre familienpolitischen Positionen in einen direkten Kontext zu ihren migrationspolitischen Forderungen und verlangt „eine Will-

kommenskultur für den Nachwuchs der einheimischen Bevölkerung.“⁶ Diese Willkommenskultur besetzt die Partei mit einer rechtskonservativen Agenda. Deren Eckpunkte sind etwa die Forderungen nach einem „Landeskindergehalt“, einem Familiensplitting oder der Möglichkeit des Hausunterrichts. Deutlich konservativer wird die AfD dort, wo sie sich gegen die gesellschaftliche Ausdifferenzierung der Familien- und Geschlechterbilder wendet. Die Auseinandersetzung mit Sexualität in der Bildungsarbeit lehnt sie als „Früh- und Hypersexualisierung“⁷ ebenso ab wie die rechtliche Gleichstellung von homosexuellen Lebensgemeinschaften. Zugleich versteht sich die AfD als antifeministische Partei und verunglimpft – ganz im Stil der extremen Rechten – Gender- bzw. Gleichstellungsdebatten als „Gender-Ideologie“⁸. Diese konservativen Positionen werden im Wahlprogramm schließlich biologistisch begründet: Die Familie sei die „natürliche Grundeinheit der Gesellschaft“ und werde „in besonderem Maße der Natur des Menschen gerecht“.⁹

Nur in der Frage der Kinderbetreuung kommt eine spezifisch ostdeutsche Akzentsetzung zum Tragen. Hier legt die AfD das Hauptaugenmerk auf die Ausfinanzierung von Kindertagesstätten sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das bestehende Spannungsverhältnis zwischen weiblicher ostdeutscher Emanzipations- und Erwerbsgeschichte und den eigenen konservativen Leitbildern sucht die Partei durch einen pragmatischen, vermeintlich antiideologischen Zugriff zu lösen, der Betonung einer „echten“ Wahlfreiheit.¹⁰

Familienpolitik

Das familienpolitische Programm der AfD ist von konservativen Leitbildern getragen, die biologistisch und rassistisch aufgeladen sind. Die Partei spricht sich für eine „Willkommenskultur für einheimischen Nachwuchs“ aus und lehnt familienpolitische Leistungen für Ausländer_innen ab. Familie wird als „natürliche Grundeinheit der Gesellschaft“ verstanden. Ihrer gesellschaftlichen Ausdifferenzierung – etwa durch homosexuelle Lebensgemeinschaften – tritt die AfD „entschieden entgegen“.



Preußische Tugenden

Im Fokus der bildungspolitischen Forderungen der AfD steht die Vermittlung von autoritär-konservativ geprägten Werten und Normen. In den Schulen sollen „die klassisch preußischen Tugenden Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß und Pflichtbewusstsein“¹¹ vermittelt werden, ebenso wie eine „gefestigte Nationalidentität“. Die AfD sieht dabei vor allem Fächer wie Sozialkunde und Geschichte in der Verantwortung, einen „positiven Bezug zu Deutschland [zu] fördern“: „Die deutsche Geschichte und die Geschichte Sachsen-Anhalts bieten genügend Anknüpfungspunkte, auf die wir uns mit Stolz berufen können.“¹² Gefordert wird auch die Beibehaltung eines streng gegliederten Schulsystems. Inklusive Ansätze in der Bildungspolitik werden als „ideologisch motiviertes Großexperiment“¹³ strikt abgelehnt.

Wie in der Familienpolitik ist auch die Bildungspolitik der AfD antifeministisch geprägt. Im Wahlprogramm beklagt die Partei eine Vergabep Praxis von Professuren, bei der es „weniger [um] die wissenschaftliche Leistung und stattdessen [um] politische Gesinnung und Geschlecht“ gehe. Gefordert wird zudem die Abschaffung von Lehrstühlen mit dem Schwerpunkt Gender Studies.¹⁴

Bildung

Prinzipiell vertritt die AfD in der Bildungspolitik klassisch konservative Positionen mit einer hohen Anschlussfähigkeit zu rechtsextremen Diskursen, etwa bei Forderungen nach einem positiven deutschen Geschichtsbild oder nach Vermittlung „preußischer Tugenden“. Bildung versteht die AfD als Dualismus aus Wertetugenden und der pragmatischen Anwendungsfähigkeit von Wissen. Themen wie soziales Lernen, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit oder Diversity/Interkulturelles Lernen finden keine Erwähnung.

Identitätsstiftende Kulturpflege

Die AfD möchte der „Internationalisierung aller Lebensbereiche“ eine deutsche Leitkultur als Garanten der Demokratie entgegenstellen. Entsprechend werden Erwartungen an eine „identitätsstiftende Kulturpflege“ formuliert: „Museen, Orchester und Theater sind in der Pflicht, einen positiven Bezug zur eigenen Heimat zu fördern.“ Theater

werden aufgefordert „auch klassische deutsche Stücke [zu] spielen und sie so [zu] inszenieren, dass sie zur Identifikation mit unserem Land anregen.“¹⁵ Die letzte Partei, die den Theatern Vorschriften machte, wie Theaterstücke zu inszenieren seien, war die in der DDR allmächtige SED. Der AfD dürfte allerdings nicht deren Kulturpolitik Pate gestanden haben. Ihre Ideen nach einer identitätsstiftenden Kultur erinnern an eine Kampagne der rechtspopulistischen FPÖ zu den Wiener Gemeinderatswahlen 1995: Damals ließ die Partei plakativ: „Lieben Sie Scholten, Jelinek, Häupl, Peymann, Pasterk oder Kunst und Kultur?“, um international anerkannte Künstler_innen zu diskreditieren.¹⁶

Kulturpolitik

Kultur ist für die AfD Instrument nationaler Besinnung und Identitätsbestätigung. Diskursivität und kulturelle Konfliktfähigkeit sind hingegen kein Wert kulturpolitischer Orientierung der AfD. Insgesamt laufen ihre kulturpolitischen Forderungen auf eine direkte Einflussnahme des Staates auf kulturelle Institutionen hinaus. Mit der grundgesetzlich garantierten Freiheit von Kunst und Kultur ist dies nicht vereinbar.

Begrenzung von Zuwanderung und Asyl

Nur unter Vorbehalten ist für die AfD Zuwanderung nach Deutschland akzeptabel. Voraussetzung müsse sein, „dass unser geschichtliches Bewusstsein, unsere Kultur und unsere Lebensweise [nicht] verdrängt werden“ [...] dass die Reallöhne [nicht] sinken [...] [und] eine weitere Belastung unserer Sozialsysteme“¹⁷ ausgeschlossen wird. Dieses voraussetzungsvolle Ja zu Asyl und Migration schränkt die AfD im Weiteren stark ein. So fordert sie eine „maximale Aufnahmequote für tatsächlich politisch Verfolgte und Flüchtlinge, [...] die sich am Willen der Bevölkerung orientiert.“¹⁸ Asylanträge sollten außerhalb der EU gestellt, bearbeitet und entschieden werden. Mitte Januar 2016 forderte der thüringische AfD Vorsitzende Höcke in Redebeiträgen u.a. in Merseburg und Erfurt als Reaktion auf die Diskussionen um Obergrenzen für Flüchtlinge „eine Obergrenze von minus 200.000 im Jahr!“

Mit Blick auf Asylbewerber_innen in Deutschland forciert die AfD eine restriktive Politik. Die Partei fordert die Streichung von Geldleistungen zugunsten von Sachleistungen, die Wiedereinführung der Residenzpflicht

sowie die Schaffung von gesonderten Aufnahmestellen für Asylsuchende, deren Chancen auf Anerkennung als gering eingeschätzt werden. Zudem tritt die AfD für die umstandslose Rückführung von Asylbewerber_innen in „sichere Herkunftsländer“ ein. Straffällig gewordene Asylbewerber_innen sollen nach dem Willen der Partei „unverzüglich aus[ge]w[ie]sen und ggf. ab[ge]sch[o]ben“ werden. „Strafverfolgung und Ordnungsverfahren sind selbstverständlich ohne einen Fremdenbonus [Hervorhebung Verf.] mit gleicher Intensität durchzuführen. [...] Hier muss selbstverständlich der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz gelten.“¹⁹ Damit suggeriert die AfD eine besondere Nachlässigkeit der Justiz im Umgang mit straffällig gewordenen Asylbewerber_innen und bestärkt argumentativ Ressentiments und Klischeebilder vom „kriminellen Asylbewerber“.

Zugleich zeichnet die AfD ein Bild, wonach Kommunen und Landkreise angesichts der Kosten der Unterbringung von Flüchtlingen ihre Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllen können. Damit werden fiskalische Engpässe und Haushaltsdefizite ethnisiert und ursächlich auf die „massenhafte Aufnahme von Asylbewerbern“ zurückgeführt.²⁰

Integration als Assimilation

In der Integrationspolitik vertritt die AfD Ideen des kulturalistischen Rassismus. Demnach gelte es, die „Eigenart der Völker“ zu erhalten („Ethnopluralismus“). Migrant_innen müssten sich daher notwendigerweise in die Mehrheitsgesellschaft über einen individuellen Prozess der Anpassung assimilieren. Dieses Konzept der Neuen Rechten ist mittlerweile zur weit verbreiteten Argumentationsgrundlage der extremen Rechten geworden und wird so z. B. auch von den REPUBLIKANERN und der NPD vertreten. Dementsprechend fordert die AfD von Zugewanderten konkrete Anpassungsleistungen wie verpflichtende Sprachkurse, gemeinnützige Bürgerarbeit und generell die Annahme einer „festen“ deutschen Identität.²¹

Die deutsche Identität verbindet die AfD mit den „Traditionen des christlichen Abendlandes“ und wendet sich sogleich schlussfolgernd „muslimischen Mitbürgern“ zu, die den gängigen islamfeindlichen Diskursen entsprechen: „Der Islam gehört [...] nicht zu unserer Identität.“²² „Predigten religiöser Gemeinschaften“ seien „grundsätzlich in Deutsch“ zu halten.²³ Zudem sei die Ausübung des islamischen Glaubens auch ohne Moscheen möglich. De facto wird hiermit auch ein Verbot des Baus von Moscheen gefordert.²⁴

Zuwanderung, Asyl und Integration

Erwartungsgemäß widmet die AfD dem Thema Migration einen umfangreichen Teil ihres Wahlprogrammes und hat das Thema auch in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes gerückt. Gegenüber Flüchtlingen, Asylbewerber_innen und Migrant_innen vertritt die Partei eine restriktive Politik, die weit über das hinausgeht, was in den letzten Jahren Gesetzeskraft erlangt hat. Die flüchtlings- und asylpolitischen Leitsätze der AfD folgen neurechten, völkisch-nationalistischen Konzepten bis hin zur Einführung eines Sonderrechtes für Flüchtlinge und Migrant_innen. In technokratischen Sätzen verbergen sich harte rassistische Zugänge zum gesamten Themenkomplex. Die AfD wird im Wahlkampf ihre Rhetorik hier noch einmal zuspitzen und die thematische Polarisierung innerhalb der Gesellschaft vorantreiben.

Identitäres Deutschtum

In einem eigenen Abschnitt versucht die AfD die Frage nach der deutschen Identität zu beantworten. Hier appelliert sie an einen nicht näher bestimmten Kanon von Werten, kulturellen Traditionen und Herkunft, die eine „gefestigte Landesidentität“ konstituieren sollen. Ohne diese Identität gebe es keine „Leistungs- und Opferbereitschaft, Gesetzestreue und Solidarität“. Die AfD stellt die Frage: „Wo verläuft die Grenze zwischen dem Eigenen und dem Fremden?“²⁵ Damit schließt sie an ein Theorem des neurechten Historikers Karlheinz Weissmann an, der an der Fähigkeit eines Gemeinwesens zur Scheidung des „Eigenen“ vom „Fremden“ den Selbstbehauptungswillen einer Nation erkannt haben will.²⁶

Die AfD legt daher Wert auf die Stärkung der kulturellen Identität des Landes und der Nation. Die Partei werde sich dafür einsetzen, „dass die Geschichte der Regionen in Sachsen-Anhalt angemessen und unverfälscht behandelt und wiedergegeben werde.“²⁷ Die Betonung einer unverfälschten Wiedergabe der Geschichte lässt sich vor dem Hintergrund ihrer Aussagen zu Nation, Volk und Kultur als Wunsch deuten, den Unterricht patriotisch/nationalistisch auszurichten. Dem soll beispielsweise auch das Singen der Nationalhymne in der Schule dienen. Das hier zum Ausdruck kommende hermetische Formenverständnis der Vermittlung nationaler Identität folgt den kulturellen Mustern des 19. Jahrhunderts. Elemente eines transnationalen Kultur- und Geschichtsverständnisses hingegen lehnt die

AfD offenkundig ab. In diesem Sinne verneint die Partei z. B. die Zugehörigkeit des Islam zur deutschen Identität.²⁸

An die Stelle einer kritischen, dialektischen Aneignung geschichtlicher und kultureller Ereignisse tritt die Indienstnahme aller Bereiche der Bildung, der Kultur und der Geschichte für die Stärkung regionaler und nationaler Identitäten. Vor diesem Hintergrund übt die AfD Kritik an Anglizismen ebenso wie an vorgeblich bestehenden „Sprachregelungen, Euphemismen und Sprechverbote[n]“, mit deren Hilfe versucht werde, „eine in der Gender- und Gleichstellungsideologie fundierte Weltanschauung durchzusetzen und kritisches Denken einzuschränken.“ Die AfD wende sich gegen „derartige Sprachvorgaben in Ministerien, öffentlichen Einrichtungen und Schulen.“²⁹

Volk, Nation, Identität

Der Begriff des Volkes ist für die AfD in der Tradition der extremen Rechten von der Vorstellung geprägt, das Volk sei ein geschichtlicher, zugleich überzeitlicher, schicksalhafter kollektiver Akteur. Auch wenn die AfD keine Ausführungen zum Begriff des Volkes in ihrem Programm macht, wird dieses Verständnis in allen Politikfeldern deutlich. Im Mittelpunkt der politischen Bemühungen der Partei steht die Nation als vom Volk getragener Korpus exakt bestimmbarer Identität. Dieser nationalen Identität räumt die Partei den Vorrang vor ideengeschichtlich und staatlich verfasster Liberalität ein. Somit handelt es sich bei der AfD Sachsen-Anhalt dem Verständnis ihres Wahlprogrammes nach um eine klassische Rechtspartei, die rechtskonservative mit völkisch-nationalistischen Grundpositionierungen verbindet.

Kontrolle der Medien

Im Rahmen einer allgemeinen, neoliberal geprägten Abhandlung zur staatlichen Verwaltung widmet sich die AfD in ihrem Wahlprogramm auch dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk: „Ebenso gehört es nicht zu den Aufgaben des Staates, einen mithilfe von horrenden Zwangsabgaben künstlich aufgeblähten Staatsfunk zu unterhalten. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss drastisch verschlankt werden. Wir fordern deshalb, dass Sachsen-Anhalt den Rundfunkstaatsvertrag einseitig aufkündigt und so das GEZ-System zur Neuordnung zwingt. Ziel soll die Abschaffung der GEZ sein.“³⁰

Diese Forderung ist in mehrfacher Hinsicht aufschlussreich. Die kritische Berichterstattung öffentlich-rechtlicher, aber auch privater Medien über die AfD bzw. die von ihr mobilisierten Milieus war und ist Gegenstand grundsätzlicher Kritik aus diesem Umfeld. Immer wieder wird dabei den Medien vorgeworfen, einseitig über Themen wie z. B. Asyl und Einwanderung zu berichten. Die Forderung nach Abschaffung der GEZ ist in der gesamten extremen Rechten konsensfähig. Die Kritik an den GEZ-Gebühren geht dort vielfach einher mit der Rede von der „Lügenpresse“. In seiner abgeschwächten Form werden die öffentlich-rechtlichen Medien als Ausdruck einer linken kulturellen Hegemonie interpretiert, die nicht die wahren Stimmungslagen der Bevölkerung wiedergäbe. Dem gegenüber fordert die AfD: „Der staatliche Rundfunk soll künftig aus ein bis zwei Kanälen bestehen, die der Grundversorgung der Staatsbürger mit Informationen dienen und dabei ein strenges Neutralitätsgebot zu beachten haben.“³¹

Zuwanderung als Polizeinotstand

Die AfD fordert eine Aufstockung der Polizei in Sachsen-Anhalt auf 7.000 Planstellen. Sie begründet dies so: „Gerade vor dem Hintergrund von Massenzuwanderung und exponentiell steigender Kriminalität verdient der Bereich Innere Sicherheit besondere Beachtung [...]“³² Der hier hergestellte Kausalzusammenhang zwischen Zuwanderung und angeblichem Anstieg der Kriminalität bedient ein klassisches rassistisches Ressentiment innerhalb der flüchtlingspolitischen Debatte. In diesem Kontext ist wohl auch die Forderung zu interpretieren, die „Herkunft und Nationalität von Straftätern [zu] veröffentlichen.“³³ Die Verurteilung von Gewalttaten gegen Polizeibeamte verknüpft die Partei mit der Forderung nach einer Strafrechtsverschärfung und behauptet unter Bezug auf „Links-autonome[n] und Zuwanderer“: „Hier deutete sich in der Vergangenheit eine Ungleichbehandlung vor dem Gesetz an.“³⁴ Belege für diesen Umstand nennt die AfD nicht.

Neben der Aufstockung der Polizei fordert die Partei die Einführung von Bürgerwehren „an besonderen Brennpunkten“: „Kommunen mit besonderen Kriminalitätsbrennpunkten [sollen] das Recht erhalten, eine freiwillige Bürgerwehr auf kommunaler Ebene einzuführen. Die freiwillige Bürgerwehr soll dem Ordnungsamt unterstehen. Sie bildet eine Hilfspolizei, die der Landespolizei zuarbeitet und sie von Aufgaben entlastet, die nicht zwingend von Polizeibeamten durchgeführt werden müssen.“³⁵ Diese klassische Forderung rechtsextremer Parteien hat aktuell eine besondere Brisanz. Im November 2015 war in Magde-

burg zur Gründung von Bürgerwehren gegen „kriminelle Ausländer“ aufgerufen worden. Die Initiative hierzu ging von rechten Hooligans und Neonazis aus, die in entsprechenden Internet-Foren den Ton angeben und bei der Umsetzung organisatorische Aufgaben übernehmen wollen.

Medienpolitik, Innere Sicherheit, Polizei

Die AfD konstatiert für Sachsen-Anhalt eine „Erosion des Rechtsstaats“. Diesem Zustand will sie mit einer rigiden Justiz- und Sicherheitspolitik entgegenreten. Im Anschluss etwa an die damalige Schill-Partei vertritt die AfD Ideen eines autoritären Maßnahme-Staates. Dieser findet in den Forderungen nach Medienkontrolle, Bürgerwehren und der Ausweisung straffällig gewordener Ausländer seinen Ausdruck.

Direkte Demokratie

Wie andere Rechtsparteien auch, tritt die AfD für eine Stärkung der Elemente der direkten Demokratie ein. Hierin spiegelt sich die Skepsis gegenüber den Institutionen der repräsentativen Demokratie. Das Parlament und die Exekutive werden mit der Unterstellung entwertet, sie seien nur mit der Organisation von Partikularinteressen beschäftigt und hätten die Interessen des Volkes aus dem Auge verloren. Mittels der direkten Demokratie sollen die „Altparteien“ – ein Begriff, der zwar im Wahlprogramm der AfD nicht vorkommt, aber zum normalen Sprachgebrauch der Partei zählt – in die Rechtfertigung gegenüber „dem Bürger“ gezwungen werden. Hierfür will die AfD die Quoten für Volks- und Bürgerentscheide senken und die Partizipation der Bürger_innen an Gesetzgebungsverfahren stärken.³⁶ So hat die AfD öffentlich immer wieder Bürgerentscheide über den Bau von Moscheen oder bei Maßnahmen zur Integration von Migrant_innen gefordert.

Gesamtfazit

Das Programm der AfD Sachsen-Anhalt für die Landtagswahl 2016 weist starke strukturelle Parallelen zum Programm der Thüringer AfD im September 2014 auf.³⁷ Umfang und Inhalt finden sich jedoch in der Variante für Sachsen-Anhalt um mehr als dreißig Seiten erweitert. Das Landtagswahlprogramm der AfD ankert in einem Politikansatz, der Staat, Gesellschaft und Politik von den Begriffen Volk, Nation und Identität her denkt. Alle politischen Handlungsfelder werden diesen Begriffen primär untergeordnet.

Es ist daher zu erwarten, dass die AfD im Falle eines Einzuges im Landtag einen Politikstil vertreten würde, der über eine betont konservative Ansprache von Werten wie Heimat, Familie etc. weit hinausgeht. Sie wird wohl keine Gelegenheit auslassen, auch scheinbar nebensächliche oder sachfremde Themen- und Debattenkonstellationen in Wahlkampf, Parlament und Öffentlichkeit auf die Frage des Umganges mit Flüchtlingen zu beziehen. Der Appell an die Vorrechte der etablierten Mehrheitsgesellschaft gehört ebenso dazu, wie die gezielte Ethnisierung sozialer Widersprüche.

Anmerkungen

- 1 AfD Sachsen-Anhalt: „Die Stimme der Bürger – unser Programm“. Wahlprogramm zur Landtagswahl am 13. März 2016, www.afd-lsa.de/start/wahlprogramm-2016.
- 2 Vgl. z. B. Friedrich, Sebastian: Der Aufstieg der AfD. Neonkonservative Mobilisierung in Deutschland, Berlin 2015 oder Bebnowski, David: Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei, Berlin 2015.
- 3 Vgl. www.derfluegel.de und www.derfluegel.de/erfurter-resolution.
- 4 Vgl. Wahlprogramm, S. 1.
- 5 Ebd., S. 2.
- 6 Ebd., S. 8.
- 7 Ebd., S. 9.
- 8 Ebd.
- 9 Ebd., S. 5.
- 10 Vgl. ebd., S. 6.
- 11 Ebd., S. 14.
- 12 Ebd., S. 15.
- 13 Ebd., S. 16.
- 14 Vgl. ebd., S. 18f.
- 15 Vgl. Ebd., S. 20.
- 16 Vgl. www.demokratiezentrum.org/wissen/galleries/die-kunst-der-stunde-gallery.html?index=562.
- 17 Ebd., S. 23.
- 18 Ebd., S. 24.
- 19 Vgl. ebd., S. 25f.
- 20 Vgl. ebd. S. 27.
- 21 Vgl. ebd., S. 29f.
- 22 Ebd., S. 28.
- 23 Ebd., S. 30.
- 24 Vgl. für diesen Abschnitt ebd., S. 30ff.
- 25 Ebd., S. 30.
- 26 Vgl. Weissmann, Karlheinz: Gegenauflärung. Kolumnen, Berlin 2015.
- 27 Ebd., S. 31.
- 28 Vgl. ebd.
- 29 Vgl. ebd., S. 32.
- 30 Ebd., S. 51.
- 31 Ebd., vgl. auch S. 63.
- 32 Ebd., S. 54.
- 33 Ebd., S. 53.
- 34 Ebd., S. 55.
- 35 Ebd., S. 57.
- 36 Vgl. ebd., S. 60f.
- 37 Vgl. AfD Thüringen: Aufbruch für Thüringen. Wahlprogramm zur Landtagswahl September 2014, Erfurt 2014.

Auf dem Weg zum Sammelbecken der extremen Rechten

Die AfD im Thüringer Landtag

Kai Budler

Thüringen war eines der drei ostdeutschen Bundesländer, in denen es der Alternative für Deutschland (AfD) gelang, bei den Landtagswahlen 2014 mit 10,7% bzw. 99.548 der abgegebenen Stimmen in den Landtag einzuziehen. Mit 23.000 Stimmen kamen die meisten Wähler_innen von „anderen Parteien“, 18.000 Stimmen stammten von ehemaligen CDU- und 16.000 von ehemaligen Wähler_innen der Partei Die Linke. Etwa 97% der AfD-Wähler_innen in Thüringen sind sich einig, „es geschieht anderen Parteien recht, dass die AfD die Politik aufmischt“. 93% sagen, die AfD sei eine „Alternative für alle, die sich bei der CDU nicht mehr aufgehoben fühlen“ und 87% der AfD-Wähler_innen finden: „Gut, dass sie sich stärker als andere gegen Zuwanderung einsetzt“.¹

Schon im Landtagswahlkampf hatte die Partei mit ihrem Spitzenkandidaten Björn Höcke Schwerpunkte gesetzt, die bewiesen, dass es sich bei der AfD nicht mehr um eine Ein-Punkt-Partei handelte. Hervorgehobene Themen waren „die Angst vor dem Verlust der eigenen Identität“, eine angebliche „informelle Einschränkung der Meinungsfreiheit“, „übernehmende Einwanderung in unsere Sozialsysteme“, die „Drei Kinder Familie“ als „politisches Leitbild“ und der Kampf gegen Gender-Mainstreaming als „Sonntagskind der Dekadenz, das auf die Auflösung der natürlichen Geschlechterordnung abzielt“.² Höcke forderte u.a. das „Schengener Abkommen temporär aus[zu]setzen“ und das Asylrecht einzuschränken.

Nach ihrem Wahlerfolg zog die AfD mit einer elfköpfigen, überwiegend politisch unerfahrenen Fraktion – bestehend aus neun Männern und zwei Frauen – in den Erfurter Landtag ein. Das jüngste Fraktionsmitglied, die 1986 geborene Wiebke Muhsal, ist gleichzeitig Landesvorsitzende der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA). Nach partei-internen Zerwürfnissen verließen drei gewählte Abgeordnete die AfD-Fraktion und gehören seitdem dem Landtag als fraktionslose Abgeordnete an.

Hauptthema: Zuwanderung und Asyl

Nach seinen Zielen für eine „erfolgreiche Legislaturperiode“ befragt, kündigte Höcke in der „Jungen Alternativen Zeitung“ im November 2014 an: „Inhaltlich werden wir uns mit den Kernthemen Familie, Bildung und Innere Sicherheit profilieren. Eine erste Fraktionstagung werden wir noch vor der Weihnachtspause zum Thema ‚Einwanderung‘ durchführen. Das ist ein Thema, das landes-, bundes- und europaweite Bedeutung hat, und das die Menschen in Thüringen – neben der Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung – wie kein zweites bewegt.“³ Doch zunächst fiel die AfD im Landtag vor allem durch Rüpeleien und Provokationen auf. Schon in der zweiten Landtagssitzung erhielt Höcke einen Ordnungsruf, weil er Abgeordneten von SPD, Grünen und der Linken zugerufen hatte: „Halten Sie doch mal Ihre Klappe.“ Einer Grünen-Abgeordneten riet er kurz darauf: „Ja, gehen Sie zu einem guten Therapeuten.“⁴

Parlamentarische Aktivitäten der AfD konzentrierten sich vor allem auf das Instrument der Anfrage. Eine Recherche in der Parlamentsdatenbank des Thüringer Landtages ergibt für 2015 insgesamt 160 kleine Anfragen der AfD-Abgeordneten.⁵ Im Fokus standen dabei die Themen Asyl und Zuwanderung. In mehr als einem Viertel der Anfragen waren schon in der Überschrift Begriffe wie „Asyl“, „Flüchtling“, „Ausländer“, „Asylbewerber“ oder „nichtdeutsch“ zu finden. Auch bei Anfragen mit vermeintlich harmlosen Titeln wie „Masern und Infektionskrankheiten in Thüringen“ floss das Thema Asyl ein und stellte einen Zusammenhang zwischen Asylbewerber_innen und Krankheiten her. Weitere Themen waren Familie, Gender Mainstreaming und Innere Sicherheit. Eine große Anfrage thematisierte „Links- und Rechtsextremismus in Thüringen“.

Der Landtag als Bühne und Instrument zur Mobilisierung

In der Studie zum politischen Erscheinungsbild der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Thüringen „Erfurt ist schön deutsch – und schön deutsch soll Erfurt bleiben!“ der Friedrich Ebert Stiftung⁶ halten die Autoren Alexander Häusler und Rainer Roeser fest: „Im Landtag vollzieht die AfD-Fraktion eine Form politischer Inszenierung, die weniger auf realpolitische Gestaltung, als vielmehr auf rechtspopulistische Selbstinszenierung und Dauerprovokation ausgerichtet ist.“⁷ Auch die AfD selbst ist sich ihrer mangelnden Gestaltungsmöglichkeiten offenbar bewusst – so erklärte Höcke am 26. September 2015 bei den Jungen Alternativen in Berlin in einer Grundsatzrede zur Politik und Strategie der AfD: „Die Parlamentsarbeit ist natürlich auch wichtig, aber sie bringt uns im Moment keinen Schritt weiter. Deshalb habe ich meiner Fraktion auch den Auftrag erteilt: Raus auf die Straße!“⁸ Zu diesem Zeitpunkt hatte die AfD bereits zwei Großaufmärsche in Erfurt durchgeführt, die wenig später ihren Höhepunkt mit bis zu 5.000 Teilnehmer_innen hatte, darunter viele Neonazis und extrem rechte Hooligans. Immer wieder kam es im Anschluss an die Aufmärsche und Kundgebungen zu Überfällen auf vermeintlich politische Gegner_innen mit etlichen Verletzten.

Die AfD in Thüringen orientiert sich an „Pegida“ in Dresden und äußert unverhohlenen Sympathien für deren Aufmärsche – wie die Landtagsabgeordnete Wiebke Muhsal: „Bei Pegida haben wir freundliche, friedliche und bürgerliche Spaziergänger gesehen, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen haben.“⁹ Bei den von der Fraktion organisierten Aufmärschen und Kundgebungen geizen die Fraktionsmitglieder und ihr Vorsitzender nicht mit starken Worten. So skizzierte Höcke auf der ersten Kundgebung 2016 das Schreckensszenario eines Staates, der „in diesem Moment konkret vor seinem tatsächlichen Scheitern“ stehe, außerdem sei es die „multikulturelle Revolution, die die Geschichte unseres Volkes jetzt beenden soll (...) Merkel hat den Verstand verloren, sie muss in den politischen Ruhestand geschickt werden oder in Zwangsjacke aus dem Bundeskanzleramt abgeführt werden.“¹⁰

Mit ihren Kontakten zur Neuen Rechten und ihren Netzwerken sowie der Öffnung nach Rechtsaußen ist die AfD in Thüringen auf dem Weg zu einem Sammelbecken der extremen Rechten, das mit der extrem rechten Partei „Die Republikaner“ bei ihrer Gründung 1983 vergleichbar ist. In ihrer Untersuchung konstatieren Häusler und Roeser, es drohe „die mögliche Verankerung einer Partei, die sich im politischen Grenzbereich zwischen Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus bewegt.“¹¹

Anmerkungen

- 1 Infratest dimap, September 2014, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-TH/umfrage-afd.shtml>
- 2 Interview mit Björn Höcke, in: „AfD als identitäre Kraft“, Blaue Narzisse am 13.08.2014, <http://www.blauenarzisse.de/index.php/gesichtet/item/4820-afd-als-identitaere-kraft, zuletzt abgerufen am 19.01.2016>
- 3 „Junge Alternative Zeitung“, Ausgabe 13, Seite 5, <http://www.ja-brandenburg.de/wp-content/uploads/2014/11/junge-alternative-zeitung-ausgabe-13-november-2014.pdf, zuletzt abgerufen am 19.01.2016>
- 4 Plenarprotokoll 6/2 des Thüringer Landtages vom 05.12.2014, <http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/53701/2-plenarsitzung.pdf#page=12>
- 5 Vgl. <http://www.parldok.thueringen.de/parldok>
- 6 Häusler und Roeser: „Erfurt ist schön deutsch – und schön deutsch soll Erfurt bleiben!“. Das politische Erscheinungsbild der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Thüringen. Erfurt 2015, http://www.fes-thueringen.de/media/2010/06/AfD-Studie_ONLINE.pdf
- 7 Häusler und Roeser: „Erfurt ist schön deutsch – und schön deutsch soll Erfurt bleiben!“. Das politische Erscheinungsbild der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Thüringen. Erfurt, 2015. S. 61
- 8 Häusler und Roeser: „Erfurt ist schön deutsch – und schön deutsch soll Erfurt bleiben!“. Das politische Erscheinungsbild der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Thüringen. Erfurt, 2015. S. 63
- 9 Björn Höcke (AfD): Rede in Berlin am 26.09.2015, <https://www.youtube.com/watch?v=Mgp99wm83c4, zuletzt eingesehen am 21.01.2016>
- 10 Mitteilung der AfD Thüringen „AfD-Abgeordnete bei Pegida und Gegendemo“ vom 13.01.2015, <http://afd-thueringen.de/2015/01/afd-abgeordnete-bei-pegida-und-gegendemo, zuletzt eingehen am 21.01.2016>
- 11 Ebd.

Eine ernüchternde Bilanz

Die AfD im Sächsischen Landtag

Miro Jennerjahn

Seit September 2014 ist die Alternative für Deutschland (AfD) im Sächsischen Landtag vertreten. Es lohnt daher, einen Blick auf das parlamentarische Wirken der Partei zu werfen.¹ Um zu aussagekräftigeren Ergebnissen zu kommen, habe ich dafür die parlamentarische Arbeit der AfD nicht nur mit den anderen Fraktionen im Sächsischen Landtag in dieser Legislatur verglichen, sondern auch mit der Arbeit von FDP, GRÜNEN und NPD nach ihrem Landtagseinzug 2004, weil die Situation der AfD mit der der drei genannten Fraktionen unmittelbar vergleichbar ist. Sie alle standen vor der Herausforderung, neu in den sächsischen Parlamentsbetrieb zu kommen und nicht auf einen etablierten Stab an Mitarbeiter_innen zurückgreifen zu können, um parlamentarische Initiativen vorzubereiten.

Bei meinen Ausführungen handelt es sich in erster Linie um einen quantitativen Vergleich der parlamentarischen Arbeit, die sich auf Kleine Anfragen, Große Anfragen, Anträge, Änderungsanträge, Dringliche Anträge, Entschließungsanträge und Gesetzesentwürfe bezieht. In den Vergleich eingeflossen ist zunächst eine quantitative Erfassung der genannten parlamentarischen Initiativen vom 29.09.2014 bis zum 29.09.2015. Für den Vergleich mit der 4. Legislaturperiode sind die genannten parlamentarischen Initiativen von der Konstituierung des Landtags am 19.10.2004 bis zum Stichtag 19.10.2005 herangezogen worden. In der hier nun vorliegenden Aktualisierung ist zusätzlich der Zeitraum bis Ende 2015 eingeflossen. Es ist wichtig, die Stärke der einzelnen Fraktionen mit in die Betrachtung einfließen zu lassen. Insbesondere bei der Einordnung der Frage, ob viele kleine Anfragen von Abgeordneten einer Fraktion gestellt wurden oder wenig, muss die Zahl der Abgeordneten einer Fraktion berücksichtigt werden, um zu aussagekräftigen Ergebnissen zu kommen. Die AfD verfügt im 6. Sächsischen Landtag über 14 Mandate.

Anzahl der Anfragen und Anträge

Nach einem Jahr hat die AfD 288 Kleine Anfragen, eine Große Anfrage, 19 Anträge und 28 Änderungsanträge eingereicht.² Dringliche Anträge, Entschließungsanträge und

Gesetzesentwürfe sind von der AfD nicht zu verzeichnen. Ab Juni 2015 steigt die Zahl der parlamentarischen Initiativen deutlich an. Die AfD-Abgeordneten haben insgesamt 288 Kleine Anfragen eingebracht. Das entspricht im Durchschnitt 20,57 Anfragen je Abgeordneten. Innerhalb der Fraktion zeigt sich jedoch eine starke Ungleichverteilung der gestellten Kleinen Anfragen.³

Während CDU, SPD, LINKE und GRÜNE bereits parlamentarisch etabliert sind und somit auf einen Stab an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zurückgreifen können, ist die AfD-Fraktion erst mit Beginn dieser Legislaturperiode Teil des Sächsischen Landtags. Sie musste also erst Strukturen aufbauen und entwickeln, was ein Grund sein mag, weshalb die Zahl der parlamentarischen Initiativen geringer ausfällt als bei den anderen Fraktionen. Daher bietet sich ein Vergleich der parlamentarischen Initiativen der AfD mit der von GRÜNEN, FDP und NPD im 4. Sächsischen Landtag an, da die drei letztgenannten Fraktionen 2004 vor den gleichen Herausforderungen standen wie die AfD 2014.

Für die NPD mit ihren zwölf Abgeordneten schlugen nach einem Jahr Parlamentsangehörigkeit 375 Kleine Anfragen zu Buche. Das entspricht im Schnitt 31,25 Kleinen Anfragen je Abgeordneten. Hinzu kamen zwei Große Anfragen, 40 Anträge, 47 Änderungsanträge, fünf Dringliche Anträge und zwei Gesetzesentwürfe. Entschließungsanträge waren zu diesem Zeitpunkt nicht zu verzeichnen. Die sieben FDP-Abgeordneten hatten nach einem Jahr 536 Kleine Anfragen eingereicht, was im Schnitt 76,57 Anfragen je Abgeordneten entspricht. Des Weiteren kamen vier Große Anfragen, 30 Anträge, 51 Änderungsanträge, ein Dringlicher Antrag, drei Entschließungsanträge und neun Gesetzesentwürfe. Durch die sechs Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden in der 4. Legislatur nach einem Jahr 144 Kleine Anfragen eingereicht, was im Durchschnitt 24 Kleinen Anfragen je Abgeordneten entspricht. Darüber hinaus reichte die Fraktion zwei Große Anfragen, 32 Anträge, 40 Änderungsanträge, zwei Dringliche Anträge, zwei Entschließungsanträge und drei Gesetzesentwürfe ein.

Diese Zahlen zeigen, dass die drei genannten Fraktionen deutlich schneller in die parlamentarische Arbeit hineinfanden als die AfD und das, obwohl alle drei Fraktionen über weniger Abgeordnete verfügten als die AfD heute. Dies verdeutlicht, dass die Bilanz der AfD auch nach einem Jahr Landtagszugehörigkeit eher schwach ist.

Die Themen: Asyl und Innere Sicherheit

Neben dem quantitativen Vergleich soll zumindest ein grober Blick auf die inhaltlichen Schwerpunkte und die Qualität der parlamentarischen Initiativen der AfD geworfen werden. Dafür habe ich zum einen die Kleinen Anfragen und die Anträge Politikbereichen zugeordnet, um einen Eindruck davon zu bekommen, welche Themen die AfD besonders verfolgt. Zum anderen habe ich mir die Anträge der AfD inhaltlich angesehen, um zu sehen, wie die von der AfD gesetzten Themen qualitativ untersetzt sind.

Einige Kleine Anfragen berühren mehrere Politikfelder, die trotzdem einem Themenbereich zugeordnet wurden. Lediglich im Bereich Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktpolitik habe ich eine Ausnahme gemacht und eine gemeinsame Kategorie „Wirtschaft und Arbeit“ gebildet.⁴ 42,36% aller Anfragen sind dem Thema Innenpolitik zuzuordnen. Weit abgeschlagen folgen die anderen Politikbereiche. Aber auch die thematische Aufschlüsselung der innenpolitischen Anfragen der AfD zeigt deutlich die Schwerpunkte der Arbeit der AfD. 42% der Anfragen greifen das Thema Asyl auf, weitere 28% beziehen sich auf die Polizei und immer noch 8% der Anfragen beschäftigen sich mit dem Thema Linksextremismus.

Auch bei den von der AfD eingereichten Anträgen zeigt sich eine deutliche thematische Schlagseite. Zehn der bislang 19 Anträge, d. h. mehr als 50%, sind dem Bereich Innenpolitik zuzuordnen. Von diesen zehn Anträgen wiederum beschäftigt sich genau die Hälfte mit dem Thema Asyl. In den Bereichen Wirtschafts-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Energiepolitik schlagen jeweils zwei Anträge zu Buche. Ein weiterer Antrag beschäftigt sich mit einer sozialpolitischen Fragestellung.

Eigenständige Politik als Simulation

Viele der von der AfD eingereichten Anträge sind inhaltlich wenig ausgearbeitet und bestehen lediglich aus einem kurzen Absatz, in dem die Partei keine eigenen konzeptionellen Vorschläge macht, sondern andere auffordert, etwas zu tun.

Beispiel für diese Art der Kurzanträge ist folgender Antrag: „Stärkung direkter Demokratie durch Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene“ (Drs 6/734): „Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass auf Bundesebene umfassend die Möglichkeit von Volksentscheiden eingeführt wird.“ Eindrücklich zeigt sich hier, wie die AfD Politik simuliert und lediglich so tut, als würde sie inhaltlich arbeiten. So schlägt die Partei nicht etwa ein eigenständiges Modell direktdemokratischer Elemente vor, sondern fordert die Staatsregierung auf, sich im Bundesrat für Volksentscheide einzusetzen. Wie diese organisatorisch ablaufen und wie die konkreten Mechanismen aussehen sollen, scheint die AfD nicht zu interessieren.

Auch der Antrag „Streichung der Verpflichtung für Kommunen und Landkreise, Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen“ (Drs 6/1390) gehört im Kern in die Kategorie der Ein-Satz-Anträge, weil die Absätze 2 und 3 im Grunde schon Teil der Begründung sind und keine politische Programmatik mehr darstellen: „Der Landtag möge beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen, alle Maßnahmen außer Kraft zu setzen, die eine besondere geschlechtsspezifische Förderung im beruflichen Bereich darstellt und durch die Bestellung von Beauftragten nach § 64 Abs.2 der Sächsischen Gemeindeordnung und § 60 Abs.2 der Sächsischen Landkreisordnung – ausgeübt werden. Es gibt bei der Gleichstellung von Mann und Frau in der Gesellschaft keinen Grund mehr, eine besondere geschlechtsspezifische Förderung im beruflichen Leben einseitig zu unterstützen. Eine besondere Förderung der einen Seite bedeutet immer eine Herabsetzung der anderen.“

Eine andere bequeme Methode der AfD ist es, Anträge zu formulieren, die unnötig sind, weil das Begehren der Anträge über andere parlamentarische Initiativen wie Große Anfragen erfüllbar gewesen wäre. Beispiele hierfür sind die Anträge „Evaluierung des Krankenstandes des sächsischen Lehrpersonals“ (Drs. 6/733), „Umfassende Berichtspflicht der Staatsregierung zu Asylbewerbern“ (Drs. 6/1389) und „Geschehnisse nahe einer Asylbewerberunterkunft in Heidenau am Wochenende vom 21. bis 23. August 2015“ (Drs. 6/2661).

Ein besonderes Highlight unter den AfD-Initiativen stellt der Antrag „Einführung von Begrüßungsgeld anlässlich der Geburt eines Kindes“ (Drs. 6/1779) dar: „Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Gesetzesinitiative mit dem Ziel zu ergreifen, dass mit Hauptwohnsitz im Freistaat

Sachsen lebende Sorgeberechtigte bei der Geburt ihres Kindes von Amts wegen eine steuerfreie Zuwendung von einmalig pauschal 5.000 Euro („Begrüßungsgeld“) erhalten.“ Das ist schon der ganze Antragstext. Auch hier wieder – ähnlich wie beim Antrag zur direkten Demokratie – lediglich ein Satz und die Aufforderung an andere, politisch aktiv zu sein. Hier stellt sich allerdings schon die Frage, weshalb die AfD keinen eigenen Gesetzestext vorlegt, wenn ihr das Thema so wichtig ist. Auch hier ist kein eigener Gestaltungswille erkennbar.

Auch nach einem Jahr fällt die Bilanz der parlamentarischen Arbeit der AfD ernüchternd aus. Wenig Anträge und keine Gesetzesentwürfe – die Kernstücke der parlamentarischen Arbeit – sind zu verzeichnen, auch wenn die Zahl der Anträge wie auch der Kleinen Anfragen im Vergleich zum ersten halben Jahr angestiegen ist. Allerdings bleibt die AfD auch hier nach wie vor weit hinter den Aktivitäten der anderen Oppositionsparteien zurück. Auch im Vergleich zu den im Jahr 2004 neu in den Landtag gewählten Fraktionen schneidet die AfD schlecht ab.

Update 2015

Im letzten Quartal 2015 wurden durch die AfD-Abgeordneten 452 Kleine Anfragen, eine Große Anfrage, 26 Anträge, ein dringlicher Antrag und 32 Änderungsanträge eingereicht. Hinzu kommen zwei Gesetzesentwürfe. Quantitativ bewegt sich die Zahl der parlamentarischen Initiativen der AfD in den Monaten Oktober bis Dezember 2015 damit auf einem ähnlichen Niveau wie in den Monaten Juni bis September 2015. Im Schnitt reichte sie in den letzten drei Monaten 54,6 Kleine Anfragen (Juni bis September: 57,25) und 2,33 Anträge (2,75) je Monat ein. Die Einbeziehung der Monate Oktober bis Dezember 2015 führt zu leichten inhaltlichen Verschiebungen. Die Kleinen Anfragen im innenpolitischen Bereich haben leicht zugenommen. Innerhalb der innenpolitischen Anfragen ist die Fokussierung auf das Thema Asyl stärker geworden.

Auch bei den Anträgen der AfD lässt sich die Fokussierung auf das Thema Innenpolitik nachzeichnen. Nach wie vor macht das Thema Asyl genau die Hälfte der innenpolitischen Anträge aus. Auch die beiden eingereichten Gesetzesentwürfe lassen sich dem innenpolitischen Bereich zuordnen, einer davon wiederum dem Themenbereich Asyl.

Qualitativ hat sich an der Arbeit der AfD nichts geändert. Die oben aufgezeichneten Defizite in der parlamentarischen Arbeit der AfD sind auch in den Monaten Oktober bis Dezember 2015 nicht behoben. Ebenso sind die beiden eingereichten Gesetzesentwürfe äußerst spartanisch und richten sich zum einen darauf, zwei Paragraphen der Sächsischen Gemeindeordnung zu ändern und zum anderen auf die Änderung eines Paragraphen des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen. Von einem ernsthaften Gestaltungswillen sind diese beiden Gesetzesentwürfe weit entfernt.

Inhaltlich sind die Anträge der AfD überwiegend oberflächlich und ohne ernstzunehmenden Gestaltungsanspruch. Sie weisen überdies handwerkliche Mängel auf. Die Auswertung der Politikbereiche, in die die parlamentarischen Initiativen der AfD fallen, zeigt, dass die AfD thematisch sehr limitiert ist und sich in erster Linie auf die Innenpolitik stürzt. Damit versucht sie sich offenkundig als Law-and-Order- Partei zu inszenieren.

Anmerkungen

- 1 Der Artikel basiert im Wesentlichen auf zwei ausführlicheren Beiträgen, die auf dem Blog www.publikative.org erschienen sind: eine erste Bilanz im Frühjahr 2015 (Miro Jennerjahn: Bilanz parlamentarischer Faulheit – Ein halbes Jahr AfD im Sächsischen Landtag; erschienen am 30. März 2015, einsehbar unter <http://publikative.org/2015/03/30/bilanz-parlamentarischer-faulheit-einhalbes-jahr-afd-im-saechsischen-landtag/>) und eine parlamentarische Bilanz der AfD Anfang Oktober 2015, also ein Jahr nach der Landtagskonstituierung: Miro Jennerjahn: Thematisch limitiert – Ein Jahr AfD im Sächsischen Landtag; erschienen am 02. Oktober 2015, einsehbar unter <http://publikative.org/2015/10/02/thematisch-limitiert-ein-jahr-afd-im-saechsischen-landtag/>. Die folgenden Ausführungen sind in weiten Teilen eine Übernahme meines Textes vom Oktober 2015, geringfügig ergänzt um die parlamentarischen Aktivitäten bis Ende 2015.
- 2 Ende April wurde der Doppelhaushalt 2015/16 durch den SÄLT verabschiedet und die meisten Änderungsanträge beziehen sich auf Änderungswünsche im Haushalt.
- 3 Eine genaue Aufschlüsselung der Anfragen nach Abgeordneten findet sich in der ausführlichen Analyse: Miro Jennerjahn: Thematisch limitiert – Ein Jahr AfD im Sächsischen Landtag; <http://publikative.org/2015/10/02/thematisch-limitiert-ein-jahr-afd-im-saechsischen-landtag/>
- 4 Natürlich ist eine Zuordnung zu einzelnen Politikfeldern nicht hundertprozentig objektiv möglich. Eine andere Person würde an manchen Stellen möglicherweise zu anderen Zuordnungen kommen. Die Übersicht über meine Zuordnung der Kleinen Anfragen kann daher hier abgerufen werden: <http://www.miro-jennerjahn.eu/wp-content/uploads/2015/09/Kleine-Anfragen-AfD.pdf>

Die AfD ist keine Partei wie jede andere. Immer wieder lösen Mitglieder Skandale wegen ihrer kriminellen Vergangenheit oder einer fehlenden Abgrenzung zu extrem rechten Strukturen aus. Seit der Spaltung der Partei im Sommer 2015 nehmen Ereignisse deutlich zu, in denen die Annäherung der AfD an rechtsextreme bis neonazistische Positionen erkennbar wird. Im Folgenden listen wir eine Auswahl solcher Vorfälle aus Sachsen-Anhalt auf.

11. Mai 2014

Ein Streit um beschädigte Wahlplakate eskaliert. AfD-Anhänger werfen einer Gruppe Linker die Beschädigungen vor. Nach einem Wortgefecht kommt es zu einer körperlichen Auseinandersetzung, in deren Verlauf die AfD-Anhänger auch Waffen wie Baseballschläger und Messer eingesetzt haben sollen.

Oktober 2014

Zwei Postings des AfD-Landesverbands im Internet verbreiten antisemitische und antiamerikanische Verschwörungstheorien und Gewaltfantasien. So wird zur Hinrichtung des amerikanischen Präsidenten aufgerufen und suggeriert, die Terroranschläge vom 11.09.2001 seine von US-Geheimdiensten begangen worden. Bereits im April 2014 hatte André Poggenburg in einem Posting Michel Friedmann als „schleimiges etwas“ bezeichnet sowie als „Zumutung und Schande für Deutschland“.

Januar 2015

Im Vorfeld des jährlich stattfindenden Naziaufmarsches in Magdeburg hängen Neonazis über 700 Plakate auf. Viele kleben auf alte Pappen von AfD-Wahlplakaten. Die AfD distanziert sich zwar von der Plakatierung, unklar aber bleibt, wie so viele Wahlplakate in die Hände von Neonazis gelangen konnten. Laut AfD seien diese von einem Firmengelände entwendet worden.

Januar 2015

Mindestens einmal tritt ein Mitglied der AfD als Redner bei den Kundgebungen der rechtsextremen „Magida“ in Magdeburg auf. Auch der Landesvorsitzende André Poggenburg denkt über eine Teilnahme, allerdings als Privatperson, nach: „Wir unterstützen die Inhalte von Magida. Die Bewegung sollte aber überparteilich bleiben.“ Bei Magida treten vor allem Funktionäre rechtsextremer Organisationen wie NPD, „Die Rechte“ oder die „Europäische Aktion“ als Redner_innen auf.

März 2015

Der AfD-Landesverband nimmt den Mitbegründer des neurechten „Instituts für Staatspolitik“ Götz Kubitschek in die Partei auf. Der damalige Bundesvorsitzende interveniert dagegen und erklärt die Mitgliedschaft für ungültig. André Poggenburg zeigt sich verständnislos und meint, Kubitschek könne der Partei nicht schaden.

April 2015:

André Poggenburg äußert sich auf dem Facebookprofil der AfD zum Brandanschlag auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Tröglitz und gibt der bundesdeutschen Asylpolitik und seiner „fortlaufenden Missachtung des Willens eines Großteils der Bevölkerung“ eine Mitschuld an der Tat.

Mai 2015:

In einem Interview schließt André Poggenburg eine Zusammenarbeit mit NPD-Mitgliedern nicht aus, da nicht alle „Extremisten“ seien. und er deshalb eine Zusammenarbeit auch nicht grundsätzlich ausschliesse. Dabei beruft er sich auf seine Erfahrungen als Kreistagsabgeordneter im Burgenlandkreis.

Mai 2015:

André Poggenburg nimmt an einer Tagung des rechten und verschwörungstheoretischen „Compact“-Magazins in Tröglitz teil. Mit ihm auf dem Podium befindet sich auch der wegen Volksverhetzung vorbestrafte Thüringer Neonazi Christian Bärthel.

Mai 2015

Der AfD-Landesverband nimmt ein ehemaliges Mitglied der DVU in die Partei auf, auch wenn die Bundessatzung die Mitgliedschaft ehemaliger NPD- und DVU-Kader ausschließt.

August 2015

Der AfD-Kandidat zur Bürgermeisterwahl in Oschersleben Dirk Zitzelsperger beteiligt sich an einer Kundgebung der „RECHTEN“ und trägt ein Transparent der neonazistischen Partei.



10. Oktober 2015

An einer AfD-Demonstration in Raguhn beteiligen sich bekannte NPD-Funktionäre aus Dessau und dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld.



14. Oktober 2015

An einer Demonstration der AfD in Magdeburg beteiligen sich diverse Neonazis. Offen wird auch Transparent der rechtsextremen „Magida“ aufgehängt. Unter den eingesetzten Ordnern ist auch ein rechtsextremer Spieler des Vereins „FC Ostelbien Dornburg“.

Oktober 2015:

Rene Augusti, Mitglied im Vorstand des AfD-Kreisverbandes Salzwedel fordert auf Facebook die Exekution politischer Gegner_innen. Wer die „Völkerwanderung“ fördere, gehöre „an die Wand gestellt“. Er wird darauf hin wegen Volksverhetzung angezeigt.

21. Oktober:

An einer AfD-Demonstration in Halle nehmen zahlreiche militante Neonazis teil. Nach Ende des Aufmarschs kommt es zu zahlreichen Angriffen auf Gegendemonstrant_innen. Die neonazistische „Brigade Halle“ bedankt sich noch am Abend über Facebook bei der AfD.

24. Oktober 2015:

André Poggenburg nimmt gemeinsam mit Götz Kubitschek der „Souveränitätskonferenz“ des rechten „Compact“-Magazins in Berlin teil. Die Tagung wird im Internet u.a. mit folgendem Satz beworben: „Die neue NS-Diktatur ist die NSA-Diktatur. Unsere Mission: Freiheit für Deutschland!“

29. Oktober 2015:

An einer AfD-Demonstration in Dessau beteiligen sich zahlreiche militante Neonazis und Funktionäre des Landesverbandes der Partei „Die Rechte“.



21. November 2015:

Der Thüringische AfD-Vorsitzende Björn Höcke tritt als Referent bei einer Veranstaltung des neurechten „Instituts für Staatspolitik“ in Schnellroda auf. In seinem Vortrag verbreitet er rassistische Thesen über das angebliche Reproduktionsverhalten in Afrika.

9. Dezember 2015:

Die AfD-Landesvorsitzenden aus Sachsen-Anhalt und Thüringen gratulieren der rechtsextremen „Front National“ zu ihrem Erfolg bei den französischen Regionalwahlen.

24. Dezember 2015:

André Poggenburg appelliert in einem Weihnachtsgruß auf der Facebookseite der AfD an die Werte der „Volksgemeinschaft“.

30. Dezember 2015

Poggenburg weist die Kritik an seiner Verwendung des NS-Begriffs „Volksgemeinschaft“ unter Berufung auf den Historiker Michael Wildt zurück. Der Begriff sei „positiver Ausdruck und Bestandteil der deutschen Sprache“. Wildt wehrt sich gegen die Vereinnahmung: „Wer vor 1933 den Begriff der Volksgemeinschaft‘ gebrauchte, musste in der Tat kein Nationalsozialist sein. Wer allerdings nach 1945, wie die AfD und andere rechte Gruppierungen, immer noch mit der Volksgemeinschaft‘ hantiert, befindet sich stets in der geistigen Nähe des Nationalsozialismus.“

27. Januar 2016

Aus einer AfD-Demonstration in Magdeburg werden Kamerateams von ZDF und MDR mit Reizgas angegriffen. Die Kamera des MDR-Teams wird zerstört.

Leitbild

Der gemeinnützige Verein Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V. setzt sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus ein. Wir arbeiten gegen Rassismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt führen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Stärkung demokratischer Akteur_innen der Zivilgesellschaft und nicht-rechter Jugendlicher sowie die Unterstützung von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Spendenaufwurf

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus mit einer Spende! Alle Zuwendungen kommen der Arbeit des Vereins zugute. Ihre Spende erreicht uns über das unten angegebene Vereinskonto. Sie können außerdem bequem online spenden.

Wir sind in den Handlungsfeldern der Analyse, Beratung, Unterstützung und Bildung tätig mit dem Ziel, einen Beitrag zur Stärkung der demokratischen Alltagskultur in Sachsen-Anhalt zu leisten. Die besondere Qualität unserer Arbeit liegt darin, aus einem breiten Methoden- und Beratungsspektrum auf die jeweils spezifischen Problemlagen zugeschnittene Angebote zu entwickeln. Von unseren Bildungs- und Beratungsangeboten profitieren sowohl Jugendliche als auch Erwachsene. Der Verein engagiert sich in der Jugend- und Erwachsenenbildung, der Gemeinwesenarbeit, der Beratung von Zivilgesellschaft und kommunalen Akteur_innen sowie der parteilichen Opferberatung.

Der Verein ist gemeinnützig und Ihre Spende steuerlich absetzbar. Die ordnungsgemäße Verwendung aller Mittel wird durch die Kassenprüfer_innen des Vereins und ein Steuerbüro kontrolliert. Wenn Sie eine Spendenbescheinigung wünschen, teilen Sie uns bitte Ihre Anschrift mit.

Spendenkonto

Kontoinhaber:	Miteinander e. V.
IBAN:	DE14 8102 0500 0008 4734 00
SWIFT/BIC:	BFSWDE33MAG Bank für Sozialwirtschaft AG

Förderhinweise

Erstellung und Druck wurden gefördert durch das Ministerium für Arbeit und Soziales Sachsen-Anhalt sowie durch das U.S. Generalkonsulat Leipzig.





**Die Würde
des Menschen
ist unantastbar!**
KUNDGEBUNG FÜR EIN
WELTOFFENES SACHSEN-ANHALT.

Miteinander e. V.
Geschäftsstelle Magdeburg
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg

Tel.: (0391) 62077-3
Fax: (0391) 62077-40
net.gs@miteinander-ev.de

Miteinander e. V.
Regionales Zentrum Nord
Chüdenstraße 4
29410 Salzwedel

Tel.: (03901) 30643-0
Fax: (03901) 30643-2
net.rzn@miteinander-ev.de

Miteinander e. V.
Regionales Zentrum Süd
Platanenstraße 9
06114 Halle/Saale

Tel.: (0345) 2266450
Fax: (0345) 2267101
net.rzs@miteinander-ev.de

Impressum

miteinanderthema #3 Die AfD vor den Landtagswahlen
Redaktion Michael Barthel, Pascal Begrich (V.i.S.d.P.), Christoph Beyer, Torsten Hahnel, Ricarda Milke

Fotos St. Heide, M. Bialek, T. Hahnel
Titelbild AfD-Demonstration am 10.10.2015 in Raguhn
Bild Rückseite Aufruf zum Protest gegen die AfD-Kundgebung am 14.10.2015 in Magdeburg

Layout Anke Tornow
Auflage 1.500

Magdeburg im Februar 2016